

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/81 - 11. April 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 826 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:Seite:Zeilen:

1 - 2	<u>Der Kanzler, sein Vize und der Juniorpartner</u> "Vertrauen" gegen "Vertrauen" Von Wolfgang Jansen	62
2a	<u>Der Aufgabe nicht gewachsen</u> Zum Abschluss der zweiten Lesung des Bundeshaushaltes	40
3	<u>Glossar:</u> <u>Kopfrechnen schwach?</u> Herr Minister, dreimal dürfen Sie raten!	24
3	<u>Kapfänger nicht Ehrenmitglied</u> Gerüchte ohne Anhalt	18
4 - 5	<u>Kultusminister im Kreuzfeuer</u> Umstrittene Schulpolitik in Schleswig-Holstein	51
5	<u>Franz von Papen</u> Alte Weisheit: Über Takt und Anstand ist schlecht zu streiten	22
6 - 7	<u>Wissenschaftler als Lendarbeiter</u> Tiefstand der sowjetzonalen Landwirtschaft	70

+ + +
+ +

 Verantwortlich: Günter Markecheffel

Der Kanzler, sein Vize und der Juniorpartner

"Vertrauen" gegen "Vertrauen"

Von Wolfgang Jansen

Wenn ein Zauberünstler ein Fünf-Markstück aus der linken Hand verschwinden lässt, dann tut er es unter Garantie in dem Augenblick, in dem alle Zuschauer auf die rechte Hand starren. Umgekehrt: Wenn der Bundeskanzler Ohrfeigen in den eigenen Reihen verteilen will, dann tut er es, wenn alle Welt darauf wartet, dass er den Oppositionsführer angreift. So geschehen bei der 2. Lesung des Bundeshaushaltes. Der präsumptive Kronprinz erhielt einen Backenstreich und der selbsternannte Juniorpartner eine schallende Ohrfeige, als sie es am wenigsten vermuteten.

Der Bundeswirtschaftsminister hatte, als er mittels Fernsehrede zu regieren probierte, sowohl in der Gesamttendenz als auch ausdrücklich die Gewerkschaften angegriffen. Unter anderem hiess es:

"Die Gewerkschaften erklären - ich kann zu ihren Gunsten nur sagen: Wider besseres Wissen - dass sie das alles gar nichts angehe und es sie darum auch nicht hindern würde, ihre aktive Lohnpolitik unverändert fortzusetzen",

und an anderer Stelle:

"Der Hexensabbat dauert fort, wenn überhöhte Löhne die Preise und steigende Preise dann wieder die Löhne treiben".

Dazu Kanzler Konrad in der Statdebatte:

"Man kann nicht etwa nur die Gewerkschaften dafür verantwortlich machen, ich danke nicht daran! Ich sage Ihnen auch in aller Offenheit, ich habe mich in den vergangenen Jahren sehr häufig auch über die Unternehmer geärgert ... Ich halte das für ein ganz schweres Unrecht, wenn eine Regierung nicht wenigstens versucht, das Vertrauen der Bausparer lebendig zu erhalten ..."

Jedermann weise, dass für die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung der präsumptive Kanzlernachfolger Ludwig Erhard verantwortlich ist.

Aber dieser Backenstreich für Kronprinz Ludwig ist karulos im Vergleich zu der schallenden Ohrfeige, die Juniorpartner Erich Kende erhielt.

Der FDP-Vorsitzende hatte vor jener berühmten Sitzung seiner Parteigremien in der Bonner Beethovenhalle, in der er das grundsätzliche "Ja" zur Koalition mit der CDU/CSU erreichte, seine Argumentation hauptsächlich darauf abgestellt, dass es ihm gelungen sei, die wichtigsten **a u s s e n p o l i t i s c h e n** Vorstellungen der FDP - wohlgerneht der FDP ! - im Koalitionsvertrag unterzubringen. In einem Rundschreiben an alle Parteistellen hat er diesen angeblichen Erfolg nachdrücklich als Begründung für die Koalition unter Adenauer herausgestellt. Und schliesslich folgte Dr. Mende dem Beschluss seiner Parteigremien, als er es darauf anlegte, den Aussenminister Dr. von Brentano von seinem Posten abzuschliessen - was ihm dann auch gelang.

An all dies muss man sich erinnern, wenn man sich folgendes Adenauer-Zitat vom vergangenen Dienstag auf der Zunge zergehen lässt:

"Diese Verhandlungen über die Aussenpolitik hat Herrn von Brentano, als er noch Aussenminister war - leider ist er es nicht mehr - ... schriftlich niedergelegt und in meiner Gegenwart Herrn Mende übergeben. Und Herr Mende hat mit seinen Leuten gesprochen und hat diese von Herrn von Brentano niedergelegten Richtlinien unserer Aussenpolitik **a k z e p t i e r t**".

Mit anderen Worten, Dr. Mende hat nach Dr. Adenauers unwidersprochener Aussage vor dem Deutschen Bundestag nicht - wie er immer wieder behauptet hat - die aussenpolitischen Vorstellungen der FDP zur Grundlage der neuen Regierung gemacht; er hat vielmehr die aussenpolitischen Vorstellungen des von ihm - aus welchem Grunde nun eigentlich? - abgeschossenen Dr. von Brentano widerspruchlos übernommen.

Nach allem, was wir von Herrn Dr. Mende wissen, spricht vieles für die Version des Bundeskanzlers. Wenn die FDP beim nächsten Parteitag mit überwältigender Mehrheit Dr. Mende das Vertrauen aussprechen sollte, dann werden nur diejenigen, die sich an diese Adenauer-Rede erinnern, den ganzen Hohn der Situation ermessen können.

Der Aufgabe nicht gewachsen

Zum Abschluss der zweiten Lesung des Bundeshaushaltes

sp - Es gehört zu den Urrechten einer demokratisch gewählten Volksvertretung, nicht sklavisch hinzunehmen, was die Regierung ihr vorsetzt. Das Parlament steht über der Regierung. Diese Selbstverständlichkeit hat sich in den 13 Jahren, seit die Bundesrepublik besteht, leider noch nicht durchgesetzt; die Rangwerte liegen bei uns anders als in anderen demokratischen Ländern. Das hat wieder einmal die zweite Beratung des Bundeshaushaltes für das Jahr 1962 bewiesen. Die Mehrheit des vierten Deutschen Bundestages folgte gehorsam der Spur, die die Regierung prägte und verzichtete damit auf ein Recht, das jedes selbstbewusste Parlament eifersüchtig wahren sollte.

Die staatspolitische Verantwortung der Opposition dokumentierte sich in der Bescheidenheit ihrer Anträge. Sie hatte nicht den Ehrgeiz, durch Überforderung den Haushalt zu sprengen. Sie hielt sich im Rahmen des Notwendigen. Jeder ihrer Anträge sah auch die finanzielle Deckung vor. Die Mehraufwendungen betragen unter Berücksichtigung der Vorschläge, die sie zur Streichung bestimmter Positionen machte, insgesamt 42,6 Millionen DM, eine Summe, die in keinem Verhältnis zum Riesenetat von fast 54 Milliarden DM steht.

Die Forderung wichtiger Gemeinschaftsaufgaben kommt nun dabei zu kurz. Erstes Opfer ist der Soziale Wohnungsbau, dem immer weniger Mittel zugeführt werden.

Die hier gewiss unangebrachte Sparwut trifft auch den Goldenen Plan, für den sich die Regierungsparteien in Wahlversammlungen zwar einsetzten, aber, als es zum Schwere kam, ihn mit zehn Millionen DM weniger als vorgesehen datierten.

Beschwörende Mahnungen der Opposition, den Kriegsopeferrn einen angemessenen Anteil zu sichern, blieben ebenso ungehört wie der Appell, die Mittel für die Förderung von Wissenschaft und Forschung in der ursprünglich vorgesehenen Höhe zu belassen. Auf diesem für die Behauptung unseres Volkes so entscheidenden Gebiet bewies die Parlamentsmehrheit eine Kurzsichtigkeit, die uns allen noch verhängnisvolle Folgen bereiten wird.

Die Skala der Kurzsichtigkeit und des Nichtbegreifenwollens dessen, was dem Staate als dem Erfüller von Gemeinschaftsaufgaben zukommt, liesse sich um viele Punkte vermehren. Notwendige Korrekturen blieben unberücksichtigt, aufreizende Ungerechtigkeiten bleiben bestehen.

Dieser Haushalt trägt die Züge eines Denkens, das sich an der Vergangenheit orientiert, sich aber den Geboten der Zukunft verschliesst.

Glossen:

Kopfrechnen schwach ?

Herr Minister, dreimal dürfen Sie raten !

sp - Zum Abschluss der 2. Lesung des Bundeshaushaltes bewies der Bundesfinanzminister Starke, dass Rechnen bei ihm keine "starke" Seite ist. Es ging um die 20-prozentige Sperrung aller Mittel, die im Haushaltsplan für Baumaßnahmen vorgesehen sind. Die SPD-Fraktion stürmte diesem Antrag im Grunde zu, beantragte aber, den Sozialen Wohnungsbau und den von keiner Überhitzung betroffenen Strassenbau von der Sperrung auszunehmen. - Darauf meldete sich der Finanzminister zu Wort und erklärte, er wisse nicht, was nach Meinung der SPD nun übrigbleiben sollte.

Von einem Finanzminister sollte man eigentlich zweierlei erwarten:

1. dass er seinen Haushalt kennt und dass er bei der Vorlage eines Antrages weiss, wie gross die Summe der Etatposten ist, die von einer solchen Sperrung betroffen werden,
2. dass er rechnen kann.

Ein Finanzminister, der diese beiden Voraussetzungen erfüllen würde, hätte sich hinsetzen und die Summe aller für Baumaßnahmen vorgesehenen Gelder niederschreiben können. Darunter hätte er die Summen setzen können, die für den Strassenbau und für den Sozialen Wohnungsbau vorgesehen sind. Dann hätte er die letzten beiden Zahlen von der ersten abziehen und ausrechnen können, wieviel 20 Prozent der so erhaltenen Differenz ausmachen. Mit dieser, dem Lehrpensum des 4. Volksschuljahres entstammenden Rechenoperation wäre schlicht und einfach festzustellen gewesen, welche finanziellen Auswirkungen der SPD-Antrag gehabt hätte. Dr. Starke erklärte sich dazu ausserstande, was zu recht merkwürdigen Schlüssen Anlass gibt.

+ + +

Kapfinger nicht Ehrenmitglied

Gerüchte ohne Anhalt

sp - Als dieser Tage bekannt wurde, der Ring christlich-demokratischer Studenten an der Universität Bonn habe den Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss zum Ehrenmitglied ernannt, weil er bei der studierenden Jugend zu den beliebtesten deutschen Politikern zähle, entstand im Bundestag das Gerücht, auch Herrn Evangelist Kapfinger solle anlässlich seines Aufenthaltes in der Bundeshauptstadt die gleiche Ehre zuteil werden. Natürlich handelt es sich hierbei um einen schlechten Witz - so wurde beim Ring christlich-demokratischer Studenten vermerkt -, der wieder einmal zeige, wie leichtfertig "gewisse Kreise" so wichtige Ereignisse wie die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an den Herrn Bundesverteidigungsminister kommentieren. Mitnichten sei beabsichtigt, Herrn Kapfinger ebenfalls zum Ehrenmitglied zu ernennen, zumal dessen Bedeutung im demokratischen Leben der Bundesrepublik durchaus nicht auf die gleiche Stufe zu stellen sei, wie die des Herrn Bundesverteidigungsministers.

Auch wir sind der Meinung, dass die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft für den Herrn Bundesverteidigungsminister durch den Ring christlich-demokratischer Studenten an der Universität Bonn keinen Anlass zu vagen Gerüchten bieten sollte.

+ + +

- 4 -

Kultusminister im Kreuzfeuer

sp - Es kommt nicht alle Tage vor, daß ein maßgebender Universitätsprofessor an dem Kultusminister seines Landes in der so diskussionsängstlich gewordenen Bundesrepublik harte Kritik übt. Der Professor G. Willens von der Pädagogischen Hochschule in Kiel aber hat dem schleswig-holsteinischen Kultusminister Edo Osterloh (CDU) in den dieser Partei nahestehenden "Kieler Nachrichten" unumwunden in einem Leserbrief bescheinigt, in schleswig-holsteinischen Schulwesen habe sich im letzten Jahrzehnt an wenigsten, gemessen an anderen Bundesländern, geändert und Schleswig-Holstein sei nicht daran gegangen, einige großartige pädagogische Ideen der Weimarer Zeit weiter zu entwickeln.

Diese Kritik zielt zuerst auf den Beschluß des Ministers, die Volksoberschule in dem Städtchen Preetz bei Kiel zu schließen, obgleich sie sich als hervorragende Modellschule für die gemeinsame Bildung von Volksschülern, Mittelschülern und Oberschülern in einem Haus unter einem Lehrerkollegium bewährt hat. Hier ist sogar jetzt öffentlich der Vorwurf erhoben worden, Kultusminister Osterloh habe den Landtag falsch unterrichtet, indem er ein überaus günstiges Gutachten von Professor Schultze, dem Direktor der Hochschule für internationale pädagogische Forschung in Frankfurt am Main so negativ deutete, daß das Parlament mit den Stimmen der Regierungsparteien die Preetzer Schule schließen ließ.

Daß sich aber in Schleswig-Holstein im letzten Jahrzehnt im Schulwesen am wenigsten geändert hat, zeigte überaus eindrucksvoll die letzte Sitzung des Landtags in Kiel. Es gab hier zwei große Anfragen der Sozialdemokraten, welche die volle Lernmittelfreiheit an den Schulen des Landes und eine sorgfältige Vorausplanung in der Form eines Schulbedarfsplanes forderten. Kultusminister Osterloh lehnte die Einführung der Lernmittelfreiheit rundheraus ab. Er will offenbar die diskriminierende und psychologisch so unpädagogische Situation beibehalten, indem wohlhabende Kinder keine Bücher aus Staatshand bekommen, den Armen aber Gutscheine an die Hand gegeben werden sollen. Zum Schulbedarfsplan verlas der Minister eine sieben-Minuten-Erklärung, aus der keine Zusicherungen hinsichtlich einer günstigen Höchstzahl der Schüler pro Klasse etwa hervorging. Einer Diskussion über die Schulpolitik des Landes wich die Koalition aus CDU und FDP aus.

Als Kultusminister Osterloh seinerzeit aus dem Bundesfamilienministerium in sein Kieler Amt berufen wurde, knüpften auch Gewerkschaften,

Kirchen und Sozialdemokraten manche Hoffnung an seine nun beginnende Amtstätigkeit. Die Christlichen Demokraten sprachen teilweise davon, daß hier im Norden ein Mann entwickelt werden könne, der in gewissem Sinne das Erbe des verstorbenen Bundestagspräsidenten Ehlers anzutreten vermöge.

Um es kurz zu sagen, alle sind enttäuscht worden. Mit der Kirche oder jedenfalls mit einigen Würdenträgern der evangelisch-lutherischen Landeskirche lebt Osterloh auf schlechtem Fuß, wandte er sich doch auch gegen ein evangelisches Versuchsgymnasium in Meldorf. Die Lehrerzeitungen der Gewerkschaften geben seit Monaten eine steigende Kritik über die Schulpolitik des Ministers wieder. Die Sozialdemokraten monieren die so überaus konservativ gewordene Haltung des Ministers in der Kultur- und Schulpolitik des Landes. Und die Christlichen Demokraten selbst sprechen von einem kontaktarmen Politiker, der in seinem Hause nicht einmal die Ideen seiner Partei bei der so formal arbeitenden Verwaltung durchzusetzen vermag.

+ + +

Franz von Papen

Alte Weisheit: Über Takt und Anstand ist schlecht zu streiten

sp - Dem ehemaligen kaiserlichen Major, Herrenreiter, Mithelfer bei der Zerstörung der Demokratie von Weimar und Hitlerdiplomaten Franz von Papen wird also jetzt laut Gerichtsbeschuß die Pension eines kaiserlichen Majors zugewilligt. Vielleicht ist formaljuristisch gegen diese Entscheidung nichts einzuwenden. Herr von Papen war tatsächlich einmal Major des kaiserlichen Heeres und es gibt in der Bundesrepublik kein Gesetz, das einem früheren Offizier die ihm zustehenden Pensionsbezüge abschneiden könnte, sofern besagter Offizier nicht inzwischen der bürgerlichen Rechte verlustig gegangen ist. Aber neben diesen mehr oder weniger formalen Überlegungen gibt es - trotz allem, was man sagen mag - auch noch ein Gefühl für Takt und Anstand. Gelegentlich wird sogar behauptet, Adel verpflichte besonders, diese beiden Begriffe stets zu respektieren. Franz von Papen ist kein armer Mann; für sein Alter ist durch Familienbesitz hinreichend gesorgt. Wäre es unter diesen Umständen nicht angebracht gewesen, wenn der ehemalige kaiserliche Major von sich aus auf die Einklagung einer Pension verzichtet hätte, die der Steuerzahler von heute, der Bürger einer Demokratie, aufbringen muß? Vielleicht aber wollte Franz von Papen nur wieder einmal "recht" behalten. Er hat das schon des Öfteren versucht und ist dabei unter j e d e m Regime immer wieder auf die Füße gefallen. Deshalb sei der jetzige Gerichtsbeschuß zugunsten des Herrn von Papen nur registriert. Mit dem Empfänger der Pension hat man niemals über Geschmack streiten können.

+ + +

Wissenschaftler als Lendarbeiter

B.z. Das Zentralkomitee der SED und die Regierung der Sowjetzone haben kurze Zeit nach dem VII. "Deutschen Bauernkongreß" in Magdeburg, neben Richtlinien zur Verstärkung der genossenschaftlichen Arbeit und zwecks Erhöhung der tierischen und pflanzlichen Produktion auch eine Sondermaßnahme angekündigt, durch die vor allem der wissenschaftliche und technische Fortschritt in den LPG gesichert werden soll. Es geht dabei darum, daß ein großer Teil der Agrarwissenschaftler, die bisher im Ministerium für Landwirtschaft, in Forschungsanstalten und Instituten tätig waren, direkt in der Produktion auf den Dörfern eingesetzt werden sollen.

Aus den Erklärungen auf dem Magdeburger Bauernkongreß und aus Veröffentlichungen der letzten Zeit geht deutlich hervor, welche Überlegungen dem geplanten Einsatz der Wissenschaftskader in der Produktion zu Grunde liegen. Nachdem aufgrund der schlechten Planerfüllung der sowjetzonalen Landwirtschaft im Jahre 1961 die Planzahlen der staatlichen Erfassung bei Feldfrüchten und tierischen Produkten für 1962 niedriger als im Vorjahr angesetzt werden mußten, bleibt nur eine Intensivierung der pflanzlichen Produktion durch Anwendung streng wissenschaftlicher Erkenntnisse, um wenigstens in diesem Jahr den Plan erfüllen zu können. Vor allem geht es darum, die Futtermittelproduktion um mindestens 35 Prozent gegenüber 1961 zu steigern, um das nun schon seit Monaten zu beobachtende Absinken der Tierbestände - teilweise bedingt durch Tierverluste infolge von Futtermangel oder durch Nichterfüllung der Deckungspläne - Einhalt zu gebieten.

Bereits auf dem Magdeburger Kongreß bezeichnete es der für die Landwirtschaft zuständige ZK-Sekretär Grüneberg als unverantwortlich, daß bisher nur wenige Wissenschaftskader auf dem Gebiet der Landwirtschaftswissenschaft direkt der Sicherung der Produktionspläne nutzbar gemacht wurden. Von den der Zone zur Verfügung stehenden 9556 ausgebildeten Hochschulkadern waren bisher nur 38,1 Prozent in landwirtschaftlichen Betrieben tätig und dabei in erster Linie auf Versuchsgütern oder großen "volkseigenen Gütern" (VEG), nicht aber in LPGs. Nur rund 1700 Agrarwissenschaftler - also etwa 13 Prozent - waren bis Ende 1961 in LPGs eingesetzt.

Das soll nun anders werden. Wie dieser Tage einer der wichtigsten sowjetzonalen Agrarwissenschaftler, Prof. Dr. Rühle, Direktor des Landwirtschaftsinstituts der Universität Greifswald, bekannt gab, werden zunächst mindestens 1000 weitere Agrarwissenschaftler aus der Akademie

11. April 1962

und den Instituten aufs Land geschickt werden, wo sie vor allem in wirtschaftsschwachen LPGs die Produktion nach wissenschaftlichen Erkenntnissen in Ordnung bringen sollen. Weiter ist geplant, in jeden Kreis der Zone einige Muster-LPGs mit Hilfe der im Produktionseinsatz befindlichen Wissenschaftler zu errichten, deren Produktionserfahrungen dann auch auf die übrigen LPGs übertragen werden sollen.

Auch durch Änderungen im Landwirtschaftsstudium soll den LPG sofort eine Hilfe gegeben werden. Alle Agrarstudenten sollen künftig im 2. und 3. Studienjahr ein kombiniertes Studium durchführen, bei dem die Studenten nur im Herbstsemester an der Hochschule oder Universität arbeiten, während sie im Frühjahr und Sommer unter Anleitung eines Professors direkt im Produktionseinsatz in der LPG tätig sind.

Auf diese Weise soll die Agrarwissenschaft als unmittelbare Produktivkraft nutzbar gemacht werden, vor allem mit dem Ziel, aus den Produktionsengpässen herauszukommen, die in jedem Jahr die Versorgung der Bevölkerung gefährden. In erster Linie sollen die Wissenschaftskader in den Bezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg eingesetzt werden, wo Regierung und Partei hoffen, durch die Agrarwissenschaftler eine Hebung der Bodenfruchtbarkeit und durch eine rationellere Nutzung des Bodens höhere Erträge erreichen zu können. Pankows Landwirtschaftsminister Reichelt vertrat sogar die Ansicht, durch eine Verbesserung der Meliorationsarbeiten könnten in den nördlichen Bezirken der Zone in den nächsten Jahren Reserven von 12 bis 16 Millionen Tonnen Getreide erschlossen werden.

Der Einsatzbefehl für die Agrarwissenschaftler ist ein fataler Ausweg. Die Abkommandierung der Wissenschaftler in die LPG-Produktion kann auch nicht ohne Auswirkungen auf die Forschungsarbeit selbst bleiben. Professor Rühle, der die neue Linie in jeder Weise unterstützt, macht aus der Not eine Tugend, wenn er erklärt, die Forschungsarbeit der Agrarwissenschaftler in der Zone habe bisher unter einer Zersplitterung ihrer Aufgaben gelitten. Gleichzeitig aber teilt er mit, daß im Hinblick auf die neuen Aufgaben der Wissenschaftler auf dem Produktionssektor, z.B. auf dem Gebiet der Arbeitsökonomik, die bisher bearbeiteten 156 einzelnen Forschungsthemen auf dreizehn Komplexthemen reduziert werden würden.